

05. Feb. 2018

**Gemeinsame Anträge Oststadtschule
von CDU, SPD, Grünen, Freien Wählern und FDP**

1. Haushaltsantrag: Finanzielle Absicherung Baumaßnahmen Oststadtschule

Der Standort Oststadtschule umfasst die pädagogischen Einrichtungen Anne-Frank-Grundschule mit Grundschulförderklasse, Erich-Kästner-Realschule, Buntes-Haus und das gemeinsam mit der Kita „Haus der Kleinen Freunde“ getragene Bildungshaus.

Das Oststadt-Schulhaus bietet den beiden Schulen nicht mehr die für die Wahrnehmung ihres pädagogischen Auftrags notwendigen Räumlichkeiten, Beide Schulen sind in ihrer Tätigkeit nahezu unüberbrückbaren räumlichen Zwängen ausgesetzt:

Fast sämtliche Fachräume und Lehrerzimmer wurden bereits zu Unterrichtsräumen umgewandelt und weitere Räume werden benötigt.

Wesentliche Gründe für den zunehmenden Raumbedarf beider Schulen sind:

- > Die Einführung der offenen Ganztagschule an der EKRS mit derzeit 2 Klassen; v voraussichtlich wird jedes kommende Schuljahr eine neue dazu kommen;
- > Die veränderten Lehrpläne, die Frei- und Gruppenarbeit vorsehen;
- > Die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf, für die keine separaten Räume zur Verfügung stehen;
- > Das Angebot an Realschüler/innen, den Hauptschulabschluss machen zu können;
- > Zunehmend schwieriger zu beschulende Schüler/innen;

Zu den beengten Räumlichkeiten kommen eingeschränkte Möglichkeiten der Sporthallen-nutzung, insbesondere für die EKRS.

Diese Umstände führen zu einer unzumutbaren, auch akustischen, Belastung von Lehrkräf-ten und Schülerschaft gleichermaßen.

Ein pädagogisch zuträglicher Unterricht und ein auf gutes Auskommen aller Beteiligten ge-richtetes Schulleben werden dadurch massiv behindert.

Das Bunte Haus ist ein unverzichtbarer Teil der pädagogischen Arbeit der Oststadtschule. Es ist schon lange, fachlich bestätigt, ein grundsätzlicher Sanierungsfall.

Es hat großen Zulauf und muss zunehmend Kinder z.B. für die Hausaufgabenbetreuung abweisen, da zu wenige Räume zur Verfügung stehen.

Aus diesen Gründen wird die schon lange gewünschte Lösung der Notlage im Jahr 2018 vom Gemeinderat angegangen und auf den Planungsweg geschickt.

Eine favorisierte Option ist die Verlagerung der EKRS an den Schulstandort Zell-Weierbach. Aber welche Option auch immer gewählt wird: Sie muss in Anbetracht der pädagogischen Bedrängnis so schnell wie möglich realisiert werden.

Eingestellt in den Haushalt sind allerdings nur Planungsgelder in Höhe von 50000€. Dabei ist jetzt schon sicher, dass jede Lösung mindestens 2 Millionen € kosten wird.

Deshalb beantragen wir die vorgezogene Einstellung von 2,5 Millionen € für das Haus-haltsjahr 2020 und nicht erst für 2022.

Zu prüfen ist die Aufstellung von Containern am Schulstandort Zell-Weierbach. Diese könn-te man eventuell als schnell zu realisierende Zwischenlösung -nach der Nutzung der Schule durch die Georg- Monsch- Schule - als zusätzliche Klassenräume aufstellen.

2. Antrag: Grundschulförderklassen

Aktuell sehen sich die beiden Schulen mit dem Problem konfrontiert, schnelle, allerdings provisorische Lösungen für bestimmte räumliche Engpässe zu finden. Ein Vorschlag seitens der Stadtverwaltung ist die zumindest vorübergehende Verlagerung der GFK an die Reblandschule nach Zell-Weierbach.

Diese Problemsituation und mögliche Lösungen sowie die Meinungen der betroffenen pädagogischen Einrichtungen sollen im Schulausschuss vorgestellt und besprochen werden.

Im Auftrag ihrer Fraktionen unterzeichnet von

Albert Glatt, Martina Bregler, Stefan Böhm, Rudi Zipf, Karl-Heinz Eckerle



Dr. Albert Glatt, C.-Robert-Doldstraße 10, 77654 Offenburg

Frau
Oberbürgermeisterin
Edith Schreiner
77652 Offenburg

Vorsitzender

Dr. Albert Glatt
C.-Robert-Doldstraße 10
77654 Offenburg
Telefon Praxis 0781 74400
Privat 0781 38574
E-Mail: albert.glatt@t-online.de

Offenburg, den 24.02.2018

Stellungnahme der CDU-Fraktion zur Forderung nach Deckungsvorschlägen zu unseren Haushaltsanträgen DHH 2018/2019 durch Herrn Finanzbürgermeisters Kopp

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Schreiner,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Kopp,

erlauben Sie mir zu Beginn ein paar kleine Nebenbemerkungen:

Im Rahmen der Aufstellung eines neuen Doppelhaushaltes ist es m. E. Aufgabe der Fraktionen eigene Vorschläge zu machen und eigene Priorisierungen vorzunehmen. Sollte dann die Mehrheit des Gemeinderates einzelne Maßnahmen als so wichtig erachten, dass sie entgegen der Vorlage der Verwaltung berücksichtigt werden **müssen**, sind die Verwaltung und insbesondere der Finanzbürgermeister ebenso gefordert Finanzierungsmöglichkeiten zu finden.

Wir kennen das aus der Vergangenheit:

Projekte auf Vorschlag der Verwaltung finden immer Finanzierungsmöglichkeiten, sei es eine Eichendorffschule, die zum wiederholten Male teurer wird (zuletzt 1,1 Mio. €) oder unvorhergesehene Sanierungsmaßnahmen in einem falsch sanierten Anna von Heimbürg-Haus oder Prestigemaßnahmen wie der Umbau des Salmen zu einem musealen Ausstellungsort (Kosten derzeit geschätzt 3,1 Mio. €)...

Dennoch hier unsere Deckungsvorschläge.

SDA

1. Streichung aller Maßnahmen und bezifferten Kosten, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Salmen zu einem Ausstellungsort musealen Charakters stehen.

Begründung:

Die Kosten für den Ausbau des Salmen sind mit 3,1 Mio. € derzeit prognostiziert. Auch wenn im städtischen Haushalt bei den Herstellungskosten „nur“ 1,1 Mio. € derzeit veranschlagt sind, bleiben zusätzliche Kosten von 160.000 € für 3 Vollzeitstellen und ein nicht bezifferter Betrag für Kosten für Hard- und Software, und das jährlich!

Es bedarf keiner vorherseherischen Fähigkeiten, dass die Kosten in diesem Rahmen nicht bleiben werden....!

Ich fühle mich bestätigt in der Aussage eines SPD-Stadtratkollegen, der gesagt hat: „Herr Glatt, was regen Sie sich auf.... Wir machen das ja nur, wenn wir das Geld haben....“

Da auch wir nur eine begrenzte Menge Geld haben, sehen wir diese Maßnahme **insbesondere in Konkurrenz zum Ausbau der Oststadtschule als deutlich weniger vordringlich an.**

D2

2. Wir erwarten eine exakte Aufstellung aus der hervorgeht, mit welchen zusätzlichen Steuer- und Ergänzungszuweisungen zusätzlich nach Aufstellung des Haushaltsentwurfes zu rechnen ist. Wir erwarten höhere Gewerbesteuereinnahmen, Einnahmen bei der Grundsteuer und Finanzaufweisungen als derzeit dem Haushaltsentwurf zugrunde liegen, in der Größenordnung von ca. 2 Mio. € pro Jahr!

D3

3. Sollte es sich bei dem Antrag aller Fraktionen zum Ausbau und Verlagerung der Oststadtschule und Bunttes Haus lediglich um eine Vorwegnahme einer Investition von 2 – 3 Jahren handeln, weil die Fraktionen es als dringlicher erachten als die Verwaltung, wäre eine über diesen kurzen Zeitraum angelegte Zwischenfinanzierung absolut vertretbar!

D4

4. Wir erwarten von der Verwaltung erhebliche Anstrengungen, die zur Erreichung von zu erwartenden Zuschüssen seitens des Landes führen, was den Ausbau und die Entwicklung von Schulen - hier insbesondere einer guten Realschule – angeht. Für diesen Zweck stellt die Landesregierung erhebliche Zuschüsse in Aussicht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Albert Glatt
CDU-Fraktionsvorsitzender

Verteiler:

- OT
- BZ
- Guller/Stadtanzeiger
- Redaktion Offenblatt

Gemeinderatsfraktion Offenburg



CDU

Dr. Albert Glatt, C.-Robert-Doldstraße 10, 77654 Offenburg

Frau
Oberbürgermeisterin
Edith Schreiner
77652 Offenburg

Vorsitzender

Dr. Albert Glatt
C.-Robert-Doldstraße 10
77654 Offenburg
Telefon Praxis 0781 74400
Privat 0781 38574
E-Mail: albert.glatt@t-online.de

Offenburg, den 11.02.2018

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Schreiner,

im Namen der CDU-Gemeinderatsfraktion übermittle ich Ihnen die:

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/2019

A) Allgemeines

Es war wohl ein einmaliges Ereignis einleitend zur Stellungnahme zum Doppelhaushalt 2016/2017 feststellen zu dürfen, dass wir – nach Entschuldung des Kernhaushaltes - in der glücklichen Lage sind, Zins- und Tilgungsdienste nicht mehr leisten zu müssen!
Die kurze Phase der Schuldens-/Darlehensfreiheit wird in diesem Haushalt beendet durch Aufnahme eines Darlehens „KfW Projektfinanzierung“ von ca. 15 Mio. €, das aber gleichzeitig die Gewährung von Tilgungszuschüssen in Höhe von 2,6 Mio. € gewährt.
Es wäre hier falsch, diese Finanzierungsmöglichkeit nicht zu ergreifen, zumal damit energetische Positiveffekte und Einsparungen früher ermöglicht werden können.

Der DHH 2018/2019 kommt ohne Steuererhöhungen aus und das ist auch richtig so!
Dank der konjunkturellen Entwicklung stehen uns genügend Gewerbesteuererinnahmen zur Verfügung.

Dennoch oder gerade deshalb muss auch dieser Haushalt Ausdruck eines nachhaltigen Wirtschaftens und Solidität sein.

Dies kommt in dem vorliegenden „Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2018/2019 und Fortschreibung des mehrjährigen Maßnahmenprogramms einschl. Finanzplanung 2018 – 2021“ zum Ausdruck.

Dennoch erlauben wir uns, die angedachten Investitionen einer intensiven Überprüfung zu unterziehen und evtl. zu verändern oder zu ergänzen.

B) Weiterführung der Anstrengungen im schulischen und vorschulischen Bereich

Bei allen zu tätigen Investitionen wollen wir diese Anstrengungen besonders hervorheben.

Sowohl die Sanierung und der Ausbau von Schulen zu modernen, den neuen Anforderungen entsprechenden Gebäuden, als auch die Investitionen in Kindertagesstätten und deren personelle Ausstattung sind Investitionen in die Zukunft der jungen Generation.

Gleichzeitig stärkt Offenburg seine Stellung als attraktive Stadt für Arbeitnehmer und junge Familien.

Bei allem Fokus auf die innerstädtischen weiterführenden großen Schulen dürfen wir die Bedarfe der Schulen in den Ortsteilen nicht vergessen. Die wohnortnahe Grundschulversorgung ist unstrittig und bedarf permanenter Investitionen in Sanierungen und Anpassungen an Lernkonzepte.

C) Sonstige Investitionen

Der vorgestellte DHH stellt eine Vielzahl von Investitionen dar, die wir an dieser Stelle nur punktuell beleuchten können.

Der Stadt steht mit dem Entwicklungsgebiet Bahnhof/Schlachthof eine Aufgabe ins Haus, die die große Chance bietet, eine frei zu werdende Gewerbefläche und die unbefriedigende Situation im Umfeld des Bahnhofes zu entwickeln und zu verbessern.

Die Investitionen, die derzeit im Bereich des Verkehrs, der Straßen und Brücken vorgesehen sind, reichen nicht aus um den derzeitigen Zustand, der im übrigen an vielen Stellen schlecht genug ist, mindestens zu halten.

Aus diesem Grunde erlauben wir uns (siehe unten) einen Zusatzantrag zu stellen...

Die im DHH 2016/2017 von der CDU-Fraktion beantragte neue Messehalle wird mit einem Betrag von derzeit 3 Mio. € im Doppelhaushalt berücksichtigt.

Dass dieser Betrag nicht die Endfinanzierung dieses zukunftssträchtigen Projektes bedeutet, ist wohl allen klar. Dennoch der Anfang ist gemacht...

Bezahlbarer Wohnraum ist auch in Offenburg rar. Deshalb unterstützen wir die Zuführung von 5 Mio. € an die Wohnbau zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus.

D) Anträge der Fraktion

1

1. Gemeinsamer Haushaltsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Grüne, FW, FDP: Finanzielle Absicherung Baumaßnahmen Oststadtschule

Der Standort Oststadtschule umfasst die pädagogischen Einrichtungen Anne-Frank-Grundschule mit Grundschulförderklasse, Erich-Kästner-Realschule, Buntes-Haus und das gemeinsam mit der Kita „Haus der Kleinen Freunde“ getragene Bildungshaus. Das Oststadt-Schulhaus bietet den beiden Schulen nicht mehr die für die Wahrnehmung ihres pädagogischen Auftrags notwendigen Räumlichkeiten. Beide Schulen sind in ihrer Tätigkeit nahezu unüberbrückbaren räumlichen Zwängen ausgesetzt: Fast sämtliche Fachräume und Lehrerzimmer wurden bereits zu Unterrichtsräumen umgewandelt und weitere Räume werden benötigt.

Wesentliche Gründe für den zunehmenden Raumbedarf beider Schulen sind:

- > Die Einführung der offenen Ganztagschule an der EKRS mit derzeit 2 Klassen; v voraussichtlich wird jedes kommende Schuljahr eine neue dazu kommen;
- > Die veränderten Lehrpläne, die Frei- und Gruppenarbeit vorsehen;
- > Die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf, für die keine separaten Räume zur Verfügung stehen;

- > Das Angebot an Realschüler/innen, den Hauptschulabschluss machen zu können;
- > Zunehmend schwieriger zu beschulende Schüler/innen;

Zu den beengten Räumlichkeiten kommen eingeschränkte Möglichkeiten der Sporthallennutzung, insbesondere für die EKRS.

Diese Umstände führen zu einer unzumutbaren, auch akustischen, Belastung von Lehrkräften und Schülerschaft gleichermaßen.

Ein pädagogisch zuträglicher Unterricht und ein auf gutes Auskommen aller Beteiligten gerichtetes Schulleben werden dadurch massiv behindert.

Das Bunte Haus ist ein unverzichtbarer Teil der pädagogischen Arbeit der Oststadtschule. Es ist schon lange, fachlich bestätigt, ein grundsätzlicher Sanierungsfall .

Es hat großen Zulauf und muss zunehmend Kinder z.B. für die Hausaufgabenbetreuung abweisen, da zu wenige Räume zur Verfügung stehen .

Aus diesen Gründen wird die schon lange gewünschte Lösung der Notlage im Jahr 2018 vom Gemeinderat angegangen und auf den Planungsweg geschickt.

Eine favorisierte Option ist die Verlagerung der EKRS an den Schulstandort Zell-Weierbach.

Aber welche Option auch immer gewählt wird: Sie muss in Anbetracht der pädagogischen Bedrängnis so schnell wie möglich realisiert werden.

Eingestellt in den Haushalt sind allerdings nur Planungsgelder in Höhe von 50000€.

Dabei ist jetzt schon sicher, dass jede Lösung mindestens 2 Millionen € kosten wird.

Deshalb beantragen wir die vorgezogene Einstellung von 2,5 Millionen € für das Haushaltsjahr 2020 und nicht erst für 2022.

Zu prüfen ist die Aufstellung von Containern am Schulstandort Zell-Weierbach. Diese könnte man eventuell als schnell zu realisierende Zwischenlösung -nach der Nutzung der Schule durch die Georg- Monsch- Schule - als zusätzliche Klassenräume aufstellen.

2. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch Aufstockung der Finanzmittel um jährlich 1 Mio. €

a) Abbau des Investitionsstaus im Bereich Straßensanierungen

Seit Jahren werden dringend notwendige Straßensanierungen insbesondere in Bereichen der Orts- und Stadtteile immer wieder aufgeschoben. In vielen Fällen sogar von Stufe II nach Stufe III zurückgestuft.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben dafür kein Verständnis mehr. Der Investitionsstau erhöht sich immer weiter. Die späteren Sanierungen verteuern sich dadurch immer mehr. Ziel muss es sein, dass der Wert der Straßen sich nicht verschlechtert sondern verbessert.

Deshalb ist eine erhöhte Investition für Straßensanierungen erforderlich.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, eine detaillierte Prioritätenliste für alle in Frage kommenden Straßensanierungen -unterlegt mit Kostenprognosen- aufzulegen und nach Beratung im Verkehrsausschuss planmäßig und zügig abzuarbeiten, damit sich die Bürgerinnen und Bürger darauf einstellen können.

Die Erhöhungen der Finanzmittel sind erforderlich um die deutlich gestiegenen Kosten abzudecken sowie den weiteren Wert- und Substanzverlust der Straßen zu vermeiden.

b) Optimierung der Lichtsignalanlagen zur Staureduzierung und zur Senkung der Schadstoffbelastung im Stadtbereich

Trotz einiger Maßnahmen an einzelnen Lichtsignalanlagen sind keine erkennbaren Verbesserungen der Staureduzierung erkennbar. Insbesondere die fehlende Abstimmung mit nachfolgenden oder benachbarten LSA lässt zu wünschen übrig.

Dadurch entstehen vermeidbare längere Staus an den Kreuzungen und Einmündungen mit daraus resultierenden unnötigen schädlichen Umweltbelastungen durch Abgase. Im Zeitalter der Digitalisierung ist deshalb eine Offensive zur Optimierung der LSA erforderlich. Durch zeitgemäße sensortechnische Umrüstung können dadurch Leerumläufe vermieden oder verringert werden. Hierdurch werden auch belastende Schleichverkehre in enge angrenzende Wohnquartiere vermieden.

Hinweis: Es kann nicht abgewartet werden, bis der im Mehrjährigen Maßnahmenprogramm ab 2020 bis 2025 geplante Masterplan aufgestellt und beschlossen wird. Die unter Nr. 78 (LSA-Optimierung Hauptstraße/Grabenallee/Weingartenstraße/Moltkestraße) und 79 (LSA-Optimierung Unionrampe) genannten Maßnahmen reichen keineswegs aus.

3. Feuerwehrhaus Rebland in Zell-Weierbach Planungsrate für 2018, Umsetzung 2019/20

Der Zusammenschluss der beiden Freiwilligen Feuerwehrabteilungen Zell-Weierbach und Fessenbach ist aufgrund der stark gestiegenen Einsatzbelastung und zur Einhaltung der geforderten Ausrückezeiten unabdingbar.

Die derzeitigen unhaltbaren Zustände (Umkleidesituation in der Fahrzeughalle – Frauen ziehen sich mit Männern in der offenen Fahrzeughalle um-, sanitäre Situation, u.a.) sind unzumutbar. Ein Zusammenschluss beider Abteilungen macht erst nach einem Um- bzw. Neubau Sinn.

Nach Planung ist zunächst die Standortentscheidung erforderlich.

Da die Zeit drängt, sind deshalb sofort Planungsmaßnahmen erforderlich. Diese können zeitgleich bzw. unabhängig mit den Planungen der Abteilung West erfolgen. Das Feuerwehrkonzept ist deshalb anzupassen.

Die zeitnahen Planungen und damit das Erkennen seitens der Stadt, diese Zustände bald verbessern zu wollen, dienen der Wertschätzung für die ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehrangehörigen.

In den Planungen gilt es zu berücksichtigen, die Bergwacht für zukünftige Bekämpfung von Waldbränden einzubeziehen sowie die Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für Waldbrände.

4. Wolfsgrube, Modul 3 Vorziehen aus Stufe II nach Stufe I (2019/2020)

Die Umgestaltung des Naherholungsgebietes Wolfsgrube wurde mit drei Modulen geplant. Die ersten zwei Module wurden bis 2015 erfolgreich umgesetzt. Das Naherholungsgebiet wird von vielen Offenburger Familien und aus der weiteren Umgebung sehr gerne angenommen.

Die vorhandenen Spielgeräte sind insbesondere für Kleinkinder vorgesehen und werden auch intensiv genutzt.

Mit dem geplanten Modul 3 sollte für Kinder im Alter von 8– 14 Jahren die Ergänzung erfolgen. Fertige Pläne liegen seit 2015 bereits vor. Viele Familien bemängeln das Fehlen dieser Modul-3-Lösung und erwarten die baldige Realisierung.

Weiterhin sind mittlerweile einige hölzerne Böschungssicherungen einsturzgefährdet, weshalb Teile der Fläche in kürzerer Zeit aus Gründen der Verkehrssicherheit saniert oder gesperrt werden müssen.

Die CDU-Fraktion hatte bereits zum Doppelhaushalt 2016/17 die Maßnahme für 2018/19 beantragt. Dem schloss sich die Fraktion der Grünen an. Die Verwaltung sagte damals zu, für den Haushalt 2018/19 eine Finanzierungsmöglichkeit zu finden.

Wörtlich steht im Protokoll vom 11.04.2016; Bürgermeister Kopp:

„Zum Antrag der CDU-Fraktion, das Modul 3 der Wolfsgrube nach 2018/19 vorzuziehen, der auch von der Fraktion der Grünen unterstützt wird, habe er folgenden Vorschlag einzubringen. Die Verwaltung würde diesen Antrag jetzt als Auftrag mitnehmen für den nächsten Doppelhaushalt 2018/19 und versuchen dort eine Finanzierungsmöglichkeit zu finden. Ein Vorteil wäre, die Verwaltung könne bis dahin auch die Kosten etwas genauer verifizieren, weil er befürchtet, dass die bisher avisierten 80 T€ am Schluss vielleicht doch zu niedrig sind. Das würde bedeuten, es müsste heute nicht darüber abgestimmt, sondern würde bei der Aufstellung des Haushaltes 2018/19 neu diskutiert werden.“

Aufgrund dieser Zusage, haben die Fraktionen der CDU und Grünen auf eine Abstimmung verzichtet. Keinesfalls habe es einen Beschluss gegeben, dass die Realisierung erst in der Zeit von 2020 bis 2023 erfolgen soll.

Hinweis zur Finanzierung:

Aufgrund der guten Konjunktur sind die Maßnahmen mit Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer sowie Finanzaufweisungen finanzierbar.

Aus Erfahrung der letzten Jahre erwarten wir zuversichtlich eine nochmalige Verbesserung der Gewerbesteuereinnahmen in 2017 zum Haushaltszwischenbericht vom Oktober 2017, sodass die Finanzierung dieses Projektes als gesichert gelten darf!

Somit hätte Bürgermeister Kopp eine Finanzierungsmöglichkeit gesucht und gefunden...

5. Stärkung der kulturellen Vereine in den Ortsteilen durch Erhöhung der Zuschüsse

(7) In unserem Antrag zum letzten DHH beantragten wir 2016 eine Erhöhung der Zuschüsse für kulturelle Vereine in den Ortsteilen um € 20.000. Diesem Antrag wurde entsprochen! Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen jedoch, dass dieser um diese Summe vergrößerte Topf bei weitem nicht ausreicht und wir in der damaligen Beantragung zu bescheiden waren.

Zur Stärkung und soliden Finanzierung von vielfältigem Vereinsleben bedarf es einer weiteren Erhöhung dieses Haushaltsansatzes.

Wir fordern die Verwaltung auf zu prüfen, welcher Betrag angemessen erscheint und um entsprechende Aufstockung.

6. Erhöhung der Finanzmittel für Städtepartnerschaften

(8) derzeit steht eine jährliche Budgetsumme von 55 000.- Euro für die Pflege der Beziehungen zu unseren 6 Partnerstädten zur Verfügung.

Wir beantragen zum DHH 2018/19 die Erhöhung um 25 000.- Euro pro Jahr.

Begründung:

Wir sind mit unseren Partnerstädten in bürgerschaftlicher Freundschaft und mit großem Engagement verbunden:

Lons-le-Saunier/Frankreich (seit 1959), Weiz/Österreich (seit 1964), Borehamwood-Elstree/England (seit 1982), Altenburg/Thüringen (seit 1988), Olsztyn/Polen (seit 1999), Pietra Ligure/Italien (seit 2007).

Bindglieder aller städtepartnerschaftlichen Beziehungen sind vor allem Schulen, Jugendgruppen, Sport- und kulturelle Vereine, Orchester und Chöre, Bürgergemeinschaften, Maria- und Georg Dietrich-Stiftung, Partnerschaftsvereinigung „die Brücke“ und viele privat ausgerichtete Initiativen.

Wir schauen zu Recht auf eine äußerst interessante und erfolgreiche Entwicklung und registrieren ein Anstieg der gegenseitigen Aktivitäten. Unsere europäischen Städtefreundschaften gedeihen und blühen. Viele Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen machen Gebrauch davon,

Partnerstädte zu besuchen und an entsprechenden Austausch- und Begegnungsprogrammen teilzunehmen.

Gerade auch jungen Menschen kann man so über den eigenen Tellerrand hinweg zeigen, wie wichtig grenzüberschreitende Begegnungen mit dem Blick auf ein zukünftiges geeintes Europa sind.

2017 feierten wir Jubiläum mit Pietra Ligure; 2018 werden wir mit Altenburg jubiliere und 2019 schließlich mit Lons-le-Saunier und Olsztyn. Diese Festanlässe werden unsere Partnerstädte weiter in den Fokus rücken und das Interesse der Bürgerschaft daran weiter verstärken. Die Pflege unserer Städtepartnerschaften wird eine wichtige Zukunftsaufgabe sein. Vor allem muss es gelingen, die junge Generation an die Aufgabenstellung grenzüberschreitender Partnerschaften heranzuführen.

Da auch viele Ortsteile rege Partnerschaften pflegen, sollte ebenso eine Überprüfung dieses Budgets erfolgen.

E) Schlussbemerkung

Offenburg ist gut aufgestellt dank der Steuereinnahmen, die Bürger, mittelständische Unternehmen und industrielle Betriebe aufbringen und somit eine hervorragende Entwicklung Offenburgs ermöglichen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, dieses Geld verantwortungsbewusst insbesondere in den Bereichen

- Schulen und Vorschulen,
- Familien und Jugend,
- kulturelle und verkehrliche Infrastruktur,
- Wohnen und Umwelt
- und in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger

zu investieren.

Gleichzeitig gilt es aber den hier ansässigen Betrieben eine Weiterentwicklung zu ermöglichen und gute Rahmenbedingungen herzustellen um Arbeitsplätze schaffen und diese auch dank eines lebenswerten Umfeldes besetzen zu können.

Diesen Ansprüchen wird der vorliegende Haushalt gerecht.

Die CDU-Fraktion sieht in den dargelegten Anträgen und Anfragen Optimierungsmöglichkeiten für den Haushalt 2018/2019 und die Fortschreibung des Mehrjährigen Maßnahmenprogramms einschl. Finanzplanung 2018 - 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Albert Glatt
CDU-Fraktionsvorsitzender

Verteiler:

- | | |
|-------------------------------|------------------------|
| - SPD-Fraktion | - OT |
| - Grüne-Fraktion | - BZ |
| - FDP-Fraktion | - Guller/Stadtanzeiger |
| - Freie Wähler-Fraktion | - Redaktion Offenblatt |
| - Stadträtin Florence Wetzell | |
| - Stadtrat Taras Maygutiak | |

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion**



Frau Oberbürgermeisterin
Edith Schreiner
Rathaus
77654 Offenburg

Offenburg,
13. Februar 2018

Anträge Doppelhaushalt 2018/2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Schreiner,

wir übersenden Ihnen unsere Anträge zum Doppelhaushalt 2018/2019
mit den entsprechenden Hinweisen und Erläuterungen.

**SPD-Gemeinderatsfraktion
Offenburg**

**Jochen Ficht
Fraktionsvorsitzender**

Jochen Ficht
Fraktionsvorsitzender
Philosophenweg 13, 77654 Offenburg
Telefon: 0781.38629
E-Mail: jochen.ficht@t-online.de

Bankverbindung:
IBAN: DE28500333001011205200
BIC: SCFBDE33XXX



Antrag 1 Machbarkeitsstudie für eine Nordumgehung*

Offenburg wird sich in den kommenden Jahren weiter entwickeln. Durch die erfreuliche Ansiedlung und Erweiterung von Firmen und Unternehmen aus Gewerbe, Industrie und Dienstleistungssektor wird nach allen Prognosen die derzeitige Rekordzahl der sozial-versicherungspflichtigen Beschäftigten in unserer Stadt weiter ansteigen. Hiermit verbunden ist eine Zunahme der Bevölkerung, auch durch die bereits realisierten und projektierten Maßnahmen im Bereich Wohnungsbau. Diese erfreuliche Entwicklung führt mit Sicherheit auch zu weiteren Belastungen für die Infrastruktur, insbesondere im Verkehrsbereich. Schon heute ist festzustellen: die tägliche Verkehrssituation erreicht an vielen Stellen der Stadt die Grenze der Belastbarkeit. Eine spürbare Verbesserung der Situation ist für uns nicht in Sicht, im Gegenteil. Kontinuierliche Mehrbelastungen sind spürbar.

Aufgrund dieser Entwicklung gilt für uns, vorausschauend zu agieren.

Eine Machbarkeitsstudie für eine mögliche Nordumgehung muss selbstverständlich neben der Verkehrs- und Bauplanung sämtliche Umweltbereiche mit einbeziehen und zunächst einen ersten Trend aufzeigen.

Die SPD hat bereits für die Beratungen im letzten Doppelhaushalt eine Machbarkeitsstudie beantragt. Obwohl sich in den letzten Jahren die Verkehrssituation in unserer Stadt verschärft hat, können wir Ansätze zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie bislang nicht erkennen.

Wir beantragen daher, ausreichende Mittel für diesen Zweck in den Doppelhaushalt 2018/2019 einzustellen – verbunden mit der Erarbeitung und Veröffentlichung einer möglichen Zeitschiene für dieses Vorhaben.

*Der Antrag ging Ihnen vorab am 9.2.2018 zu

Seite 3:

Schreiben vom 13. Februar 2018 – Anträge zum Doppelhaushalt 2018/2019

10

Antrag 2 **Bessere Verkehrsüberwachung – für mehr Sicherheit und weniger Lärm**

In den letzten Monaten hat die Stadtverwaltung in sechs Ortsteilen neue Radarüberwachungsanlagen installiert. Diese sechs Standorte sind im Wechsel mit lediglich einer Kamera zur Überwachung der Geschwindigkeit ausgestattet.

Wir beantragen die Anschaffung von zwei weiteren Kameras zur Überwachung in den bereits installierten Geräten.

Dadurch wird die Dichte der Kontrollen entscheidend verbessert, mit der Folge mehr Sicherheit und weniger Lärm in den erwähnten Ortsteilen.

11

Antrag 3 **Gärtnerische und ökologische Aufwertung des Biotops Straßenrand**

Wir beantragen die Ausarbeitung eines Konzeptes, um eine gärtnerische und ökologische Aufwertung des Biotops Straßenrand an geeigneten Flächen zu erreichen. Ziel sollte sein, durch eine ökologische Steigerung der Straßen begleitenden Rasen- und Wiesenflächen dem Insektenrückgang aktiv entgegenzutreten, die biologische Vielfalt zu fördern und die gefühlte Lebensqualität zu erhöhen. Dazu können bestimmte Pflanzenmischungen ausgesät und die Flächen nur zweimal im Jahr gemäht werden.

Mögliche Standorte dieser Maßnahme wären z.B.: Böschung Otto-Hahn-Straße/Straßburger Straße, Südring, Schutterwälder Straße, Rammersweierer Straße, Weingartenstraße u.a.

Für diese Maßnahme beantragen wir eine Summe von 25.000 €.

12

Antrag 4 Qualität für Kinderbetreuung in Kitas und Schulen sichern

Mit Recht bezeichnen wir Offenburg als soziale Stadt und als Schulstadt. Die Betreuungsangebote vom Kleinkindalter bis über die Schulzeit, aber auch für die Senioren, sind vielfach und vorbildlich. Dies dient allen Gruppen unserer urbanen Gesellschaft, ist aber auch ein zunehmend wichtiger weicher Standortfaktor eines sich weiter entwickelnden, größer werdenden Wirtschaftsstandortes. Deshalb müssen die Angebote der Stadt nicht nur zahlenmäßig ausreichend, sondern auch qualitativ hochwertig und offen für alle sein. Weil uns Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche eine besondere Verpflichtung ist.

Deshalb beantragen wir eine Reservierung von Haushaltsmitteln ab 2019 in Höhe von € 400.000

um die Qualität in den Kitas und in der Nachmittagsbetreuung der Schulkinder qualitativ abzusichern. Ein erster Schritt sollte die Freistellung der Leitungspersonen der Kitas sein, damit mehr Zeit für die Förderung und Betreuung der Kinder verbleibt.

Auch für die steigenden Anforderungen in der ganztägigen Betreuung der Schulkinder müssen Mittel bereitstehen. Die gesellschaftlichen Bedarfe und kurzfristigen Notwendigkeiten sind nicht sicher vorhersehbar, sodass hierfür Mittel im Haushalt bereitstehen müssen.

13

Antrag 5 Beratungsstelle Frauenhaus Offenburg stärken

In den letzten Jahren hat die Beratungsstelle des Vereins „Frauen helfen Frauen“ eine beachtliche Steigerung der Beratungen durchgeführt (2016: 263 – 2017: 346 = über 30% Zunahme). Um die zahlreichen Anfragen bewältigen zu können, benötigt der Verein eine zusätzliche 50%-Stelle. Die Kosten belaufen sich nach Angaben des Vereins auf rund 27.500 € - der Anteil der Frauen, die um Beratung nachsuchen, liegt bei ca. 30%.

Für dieses zunehmend nachgefragte Beratungsangebot des Vereins „Frauen helfen Frauen“ beantragen wir einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von € 9.000, was dem Anteil der ratsuchenden Frauen aus Offenburg entspricht.

Seite 5:

Schreiben vom 13. Februar 2018 – Anträge zum Doppelhaushalt 2018/2019

2

Antrag 6

**Gemeinsamer Antrag der Gemeinderatsfraktionen
SPD - Bündnis 90/Die Grünen - Freie Wähler - FDP**

Einrichtung eines Ehrenamtsfonds für die Kernstadt

Wir beantragen die Einrichtung eines Ehrenamtsfonds für die Kernstadt, analog zu dem bestehenden Fond in den Ortsteilen, in Höhe von € 1 pro Einwohner.

Die Vergabe aus den Mitteln dieses Ehrenamtsfonds soll durch ein Gremium, das sich aus Vertretern der Stadtteil- und Familienzentren zusammensetzt, erfolgen. Bei Bedarf sollen Vertreter der jeweiligen Bürgervereine u.a. hinzu gezogen werden.

Das Ehrenamt in unserer Stadt wird in den nächsten Jahren noch weiter an Bedeutung gewinnen und neben den bereits bestehenden Aufgaben neue übernehmen. Es gilt daher, ehrenamtliches Engagement zu stärken.

Durch diesen Ehrenamtsfond auch für die Kernstadt versprechen wir uns unbürokratische Unterstützung und Anerkennung für diese enorm wichtige Arbeit.

1

Antrag 7

**Gemeinsame Anträge aller Gemeinderatsfraktionen
zur Oststadtschule**

*Die Anträge mit detaillierten Begründungen ging Ihnen vorab zu

Verteiler:
Fraktionsvorsitzende
Medien in Offenburg

Von: Kopp, Hans-Peter

Gesendet: Montag, 26. Februar 2018 13:51

An: 'Ingo Eisenbeiß'

Betreff: AW: Haushaltsantrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen DHH 2018/2019

Lieber Ingo,

vielen Dank für die Rückmeldung. Damit können wir arbeiten und dementsprechend auch eine Stellungnahme dazu abgeben. Die Kurzfristigkeit tut mir leid. Um ausgewogen und fristgerecht Stellung auf Ihre Anträgen nehmen zu können müssen wir auch wissen, was dafür nicht gemacht werden soll. Diese Deckungsvorschläge sind grundsätzlich immer wünschenswert und eigentlich gleich mit den Fraktionsanträgen einzureichen. Wenn es bei den Anträgen um noch überschaubare Dimensionen geht ist es sicher noch vertretbar (und so handhaben wir das auch seit einigen Jahren), dass zuerst kein Deckungsvorschlag gemacht wird und die Verwaltung gefordert ist hierfür ggf. eine Möglichkeit zu finden. Gerade aber bei Anträgen, die Zusatzausgaben von mehreren Millionen EURO bedeuten würden und damit den Haushaltsentwurf der Verwaltung grundsätzlich in Frage stellen, ist dies nicht mehr möglich.

Noch eine Frage zu Ihren Ausführungen und ein Vorschlag:

Nicht nachvollziehen können wir die von Ihnen genannte Zahl von „3,2 Mio. EUR freien Finanzmittelbestand Ende 2019“.

Der als Mindestrücklage erforderliche freie Finanzierungsmittelbestand am Ende des Planungszeitraum (2021) liegt bei 3.409 TEUR – s. Seite 26 der Einbringungsvorlage. Welche Zahl ist da gemeint?

 Ihre Nachfrage nach dem „Übertrag aus dem letzten Doppelhaushalt“ interpretiere ich als Frage nach der potenziellen Ergebnisverbesserung in 2017. Das steht leider noch nicht wirklich belastbar fest. Ich würde jedoch Ihre Anfrage so interpretieren, dass Sie jegliche Ergebnisverbesserungen aus 2017 vorrangig zur Finanzierung der Anträge eingesetzt werden sollen, dann die Mittel des revolvingierenden Bodenfonds und dann die Verschiebung der neuen Messehalle in die Stufe II.

Wenn das so in Ordnung wäre, würde ich dies als Deckungsvorschläge aufnehmen. Für eine kurze Rückmeldung wäre ich dankbar – gerne stehe ich auch für Rückfragen zur Verfügung.

Viele Grüße
HP Kopp

Bürgermeister Hans-Peter Kopp
Finanzen - Kultur - Soziales

Stadt Offenburg, Hauptstr. 75-77
77652 Offenburg, Tel: 0781 82-2301
mailto: hp.kopp@offenburg.de

Von: Ingo Eisenbeiß [<mailto:ingo.eisenbeiss@kanzlei-eisenbeiss.de>]
Gesendet: Freitag, 23. Februar 2018 12:40

An: Kopp, Hans-Peter

Betreff: AW: Haushaltsantrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen DHH 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kopp,

vielen Dank für Ihre Mail vom 23.02.2018.

Zunächst waren wir über die recht kurze Frist zur Stellungnahme überrascht.

Unsere Fraktion ist dennoch bemüht hier Finanzierungsvorschläge zu unterbreiten.

Zuerst fragen wir an, welche Mittel aus dem letzten Doppelhaushalt übrig geblieben sind und damit jetzt übertragen werden könnten.

Für Ende 2019 geht die Verwaltung von einem freien Finanzmittelbestand von voraussichtlich ca. 3,2 Mio EUR aus.

D6

Der sog. revolvingende Bodenfonds sieht Finanzmittel von 5 Mio EUR vor. Hier geht unsere Fraktion davon aus, dass Mittel nicht abgerufen werden, die hier dann für die Finanzierung eingesetzt werden können.

D7

Bezüglich des Antrags zur Oststadtschule hat für uns die Priorisierung dieser Planung und Durchführung Vorrang. Der Bau einer neuen Messehalle hat hier zeitlich zurückzustehen.

Viele Grüße,

Ingo Eisenbeiß

Kanzlei Eisenbeiß

Okenstraße 20/22

77652 Offenburg

Tel.: (0781) 9 19 36 12

Fax: (0781) 9 19 36 29



Ingo Eisenbeiß

Ingo Eisenbeiß, Okenstr. 20/22, 77652 Offenburg

Okenstr. 20/22

77652 Offenburg

Tel: 0781-9 19 36 12

Fax: 0781-9 19 36 29

ingo.eisenbeiss@gruene-offenburg.de

Frau

Oberbürgermeisterin Schreiner

Hauptstraße 80

77652 Offenburg

10.02.2018

Haushaltsantrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Doppelhaushalt 2018/2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Schreiner,

wir stellen zu den bereits eingereichten Anträgen (Frauenhaus und Oststadtschule) folgende Anträge für den Doppelhaushalt 2018/2019:

I.

Antrag Klima, Grün und Baumkultur (Klimagrün)

Mit dem Antrag *Klima, Grün und Baumkultur (Klimagrün)* verfolgen wir die Anliegen...

- Schutz der bedrohten Artenvielfalt unserer heimischen Fauna und Flora;
- Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels durch eine nachhaltige Stadtbegrünung;
- Abmilderung der Klimawandelfolgen (Aufheizung der Innenstadt, Gesundheitsbelastung);
- Förderung von Stadtklima, Ästhetik des Stadtbildes und gesundheitlichem Wohlbefinden;
- stadtnahe Naturbegegnung;

Als Grundlage zur Realisierung dieser Anliegen sehen wir ein *Strategiekonzept Klima, Grün und Baumkultur (Klimagrün)* mit den Maßnahmeschwerpunkten

- Schutz und Ausweitung von Baum- und Strauchbeständen, Hecken und Grünflächen;
- Entsiegelung von Flächen und Schaffung einheimischer Wildblumenwiesen;
- Schutz und Pflege der Streuobstbestände rund um Kernstadt und Ortsteile;
- Sicherung und Erweiterung naturnaher Erholungs-, Spiel- und Erfahrungsräume.
- Haus- und Dachbegrünung;
- Prüfung und Realisierung neuer Stadtgrünmodelle, z.B. Mooswände;

Ingo Eisenbeiß - Fraktionsvorsitzender ☎ 9193612

Stefan Böhm ☎ 34133

Karin Jacobsen ☎ 9485476

Eva-Maria Reiner ☎ 39413

Martin Ockenfuß ☎ 9709001

Norbert Großklaus ☎ 57810

Arthur Jerger ☎ 55350

Jürgen Ochs ☎ 96759538

Aydin Özügenc

- Einbindung von Gewässern in dieses Konzept.

Ein Strategiekonzept in diesem Sinn haben wir im herbstlichen Umweltausschuss vorgeschlagen.

Die Verwaltung will zu unsrer großen Freude ein solches Konzept ebenfalls ausarbeiten (lassen).

Wir beantragen, unsere Anliegen und Schwerpunkte in die Erarbeitung aufzunehmen.

Mit eventueller Auswirkung auf den Haushalt bitten wir zu klären bzw sicherzustellen:

- zeitnahe Erarbeitung des Konzepts, mit Abschluss und Beginn der Umsetzungen noch in 2018;
- Bereitstellung der für die Umsetzung notwendigen Gelder.

Unsere konkreten Haushaltsanträge

1. Erfassung möglicher und notwendiger Baumstandorte

15

Das vorhandene Baumkataster erfasst die vorhandenen Bäume. Wir beantragen seine Ergänzung durch eine Erfassung der Standorte, auf denen Bäume fehlen bzw. gepflanzt werden sollten, z.B. zur Förderung des Stadtklimas.
> 20 000 €

2. Geburtsbäume und Baumpatenschaften

16

Die Stadt verschenkt Geburtsbäume (Obstbäume) und Baumpatenschaften an neugeborene Offenburger Kinder. So werden positive Beziehungen zu Natur und Stadt gefördert.

a) Geburtsbäume: Obstbäume werden in einer Größenordnung von 10% der Anzahl Neugeborener (ca 480 in 2017) unter diesen verlost.

b) Baumpatenschaft: Alle neugeborenen Kinder werden mit einer Baumpatenschaft im Rahmen eines Projekts in der 3. Welt beschenkt

Pflanzorte der Geburtsbäume sind von den Eltern gewählte Privat- bzw. Stadtgrundstücke.

Die Stadt berät bei Auswahl und Pflege und hilft falls nötig b.d. Pflanzung > 10 000 €.

3. Privatbaumoffensive

17

Die Stadt unterstützt die Pflanzung von Bäumen in Privatgärten finanziell.

Voraussetzungen: Fachberatung bzgl. Standort, Größe und ökologisch wert- und sinnvoller Arten. Der Antrag steht im Kontext unserer Haltung zur Baumschutzsatzung, deren Gewicht wir auf Beratung und Förderung von Pflanzungen legen wollen.

Die Pflanzungen werden mit 50% Pflanzkosten, maximal 200 € gefördert. > 10 000 €.

4. Wildblumenwiesen

18

Im Vorgriff auf die Strategie *Klimagrün* werden jetzt schon Flächen, die keiner Sondernutzung unterliegen, in Wildblumenwiesen umgewandelt, z.B. Areale auf Friedhöfen, Straßen- und Bachrandstreifen, die z.B. als Insektenkorridore aus dem Umland in die Stadt oder als ökologische Trittsteine zu werten sind.

Wildblumen sind einheimische, v.a. mehrjährige Blumen und Kräuter, die für einheimische Insekten und Vögel das angestammte Biotop und Nahrungsangebot darstellen.

Die Flächen müssen meist abgemagert werden.

Standortangepasstes Saatgut stellt z.B. die Fa. Hoffmann und Rieger zur Verfügung.

Wir beziehen uns hier auch auf die Vorschläge des Kollegen Bauknecht. > 30 000 €.

19

5. Saftkelterausrüstungen für die Offenburger Schulen

Den Erhalt der Streuobstbestände kann man auch von der Nutzerseite her angehen. Verwaltung und Privatbesitzer vergeben im Herbst die Ernte stadtnaher Obstbäume. Schulklassen können sich Bäume zur Ernte geben lassen, um Apfelsaft herzustellen. Bei Apfelsaftprojekten können Kinder im Rahmen eines überschaubaren Unterrichtsvorhabens den Gang eines Nahrungsmittels vom „Feld bis in den Mund“ in praktisch erfahren.

Diese Projekte eignen sich v.a. auch für Schulen, die keinen Schulgarten haben. Im begleitenden Unterricht und auf verschiedenen Lernniveaus kann das Biotop Streuobstwiese in seinen jahreszeitlichen Entwicklungsstadien erforscht werden. Dies fördert die Naturliebe und die Wertschätzung heimattypischer Landschaftselemente.

Um Apfelsaftprojekte anzustoßen bzw. deren Durchführung zu unterstützen, stellt die Stadt den Familienzentren und Ortsverwaltungen nach ermitteltem Bedarf Ausrüstungen zur Saftherstellung zur Verfügung: Apfelmühlen, Pressen und Einkochautomaten.

Die Schulen leihen sich die Ausrüstungen dann dort aus.

Natürlich werden auch nicht mehr gebrauchte Ausrüstungen als Spenden angenommen.

Wir wollen das Projekt in die Hand des Amts für Schule legen.

> 3 000 €.

20

6. Wasserspielplatz Bürgerpark

Ein lang gewünschter, immer wieder hinaus geschobener Wasserspielplatz im Bürgerpark als naturnaher Erlebnisraum mit den gestaltbaren Elementen Wasser, Kies, Sand und Holz ist für InnenstadtKinder eine wichtige Erweiterung ihres Spielraums und für die ganze Stadt eine attraktive Bereicherung des Bürgerparks.

II.

21

Antrag zur Schaffung öffentlich geförderter Mietwohnungen

Die Stadt bezuschusst den Bau von ca. 300 öffentlich geförderten Mietwohnungen in Offenburg und stellt dafür 6 Mio. Euro zur Verfügung, verteilt auf die Doppelhaushalte 2018 – 2021.

Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Förderprogramme Wohnungsbau des Landes BW ausreichend zu nutzen.

Die Ausgestaltung dieses Zuschussprogramms soll von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Bauträgern, die solche Wohnungen bauen könnten, erarbeitet werden.

Förderrichtlinien des Landes:

Das Land BW bietet ein Förderprogramm zum Bau von öffentlich geförderten Mietwohnungen an. Diese Förderung (zinslose Darlehen) ist an folgende Bedingungen geknüpft, u.a.

- Die Miete muss 33% unter der ortsüblichen Miete liegen.
- Darlehenshöhe 80% der förderfähigen Kosten (max. 3.000 €/qm)
- 20 % der Kosten muss der Bauträger als Eigenkapital einsetzen.

Auswirkungen auf Bauinteressenten und Bauträger:

Dieses Programm wirkt zunächst einmal sehr positiv. Bezüglich der Umsetzung gibt es jedoch enorme Schwierigkeiten, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Die im Programm geforderte Wirtschaftlichkeit ist nicht erreichbar, da die zu erzielende Miete nur zur Tilgung des Darlehens, jedoch nicht für die Verzinsung des Eigenkapitals reichen würde.

Unter diesen Vorgaben finden sich kaum Bauträger (wenn, dann fast ausschließlich kommunale Wohnbaugesellschaften), die Wohnungen dieser Art bauen. Hinderlich ist zudem, dass zu wenig Eigenkapital (wenn überhaupt vorhanden) zur Finanzierung von geförderten Neubauten vorhanden ist.

Damit das Förderprogramm in Offenburg besser genutzt werden kann, braucht es einen zusätzlichen Anreiz, solche geförderte Wohnungen zu bauen.

Wir schlagen hierzu einen städtischen Zuschuss von 40 bis 60 % (je nach der Dauer der Mietpreisbindung) für das geforderte Eigenkapital vor.

Begründung:

Bei genauer Betrachtung des derzeitigen Offenburger „Baubooms“ wird deutlich, dass fast ausschließlich Eigentumswohnungen und frei finanzierte Mietwohnungen gebaut werden. Preisgünstige bzw. öffentlich geförderte Wohnungen baut zurzeit nur unsere städtische Wohnbaugesellschaft und in kleinem Umfang auch die GEMIBAU.

Die neuen, frei finanzierten Wohnungen werden nach unseren Erkenntnissen ab 9,-- Euro pro qm Wohnfläche angeboten, was viele Alleinstehende, Alleinerziehende, Rentner*innen und Familien mit Kindern sich nicht leisten können.

Unserer Meinung nach ist es eine städtische Aufgabe, diesen Personenkreis, der sich am freien Markt nicht ausreichend versorgen kann, zu unterstützen, indem das Angebot an preisgünstigen Wohnungen erhöht wird.

Ziel unseres Antrages ist es, Personen mit Wohnberechtigungsschein* ausreichend günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

*Für einen Einpersonenhaushalt liegt in BW die Einkommensgrenze für einen Wohnberechtigungsschein derzeit bei 47.600 € brutto / Jahr, bei einem Dreipersonenhaushalt 48.250 Euro brutto / Jahr und bei einem Vierpersonenhaushalt 56.750,-- Euro brutto / Jahr. Durchschnittseinkommen (durchschnittlicher Brutto-Jahresarbeitslohn) je Arbeitnehmer in Deutschland lag 2016 bei 33.396€.

22

Beschattung von Spielplätzen

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welchen Spielplätzen kein ausreichender Sonnenschutz besteht, und darauf innerhalb von 6 Monaten einen Vorschlag zu ausarbeiten, wie diese Spielplätze beschattet werden können.

Es gibt Spielplätze ohne jeden Sonnenschutz oder Spielplätze, von denen nur wenige Teilbereiche beschattet sind. Oft werden dann gerade auch attraktive Spielgeräte wie z.B. Metallrutschen von der Sonne zu hohen Temperaturen aufgeheizt.

Beispiele sind die Spielplätze an der Villa Bauer, in der Wiede, am Kulturforum oder im Franz-Volk-Park. Zur besonderen Veranschaulichung zitieren wir hier die Beobachtungen von Eltern auf Spielplätze in Bühl und Bohlsbach im August 2017, jeweils ca. 15.000 €

Bühl Krestenweg

Der Spielplatz wird teilweise von Bäumen beschattet, die allerdings erst ca. 6 Jahre alt sind. Die drei Spielzonen (Nestschaukel, Trampolin, Sandbereich mit Wassermatschbereich) liegen in der prallen Sonne. Ein Sonnensegel vor allem über dem Matschspielplatz, den Kinder v.a. bei heißen Temperaturen gerne nutzen würden, wäre für die nächsten Jahre, bis die Bäume größer sind, dringend erforderlich. Gemessene Temperaturen: Sonne 32 Grad, im wenigen Schatten 24 Grad.

Bohlsbach, Festhallenstraße

Hier beschatten Bäume nur den Spielturm. Schaukeln, Trampolin und Wasserspielplatz mit Sandbereich liegen in der prallen Sonne. Bei der Schaukel und beim Trampolin ist die weitere Anpflanzung von Bäumen unbedingt zu empfehlen. Die Temperatur in der Sonne war 31,6 Grad, im Schatten 25,6 Grad.

Spielplätze sind in der heutigen Zeit für viele Kinder die einzigen wohnortnahen Spielräume. Nicht alle können an heißen Tagen ins Schwimmbad gehen.

In Zeiten des Klimawandels nehmen die heißen Tage zu. Die Ozonschicht wird dünner. Also sollte durch gute Beschattung ein geschütztes Verweilen auf den Spielplätzen möglich sein.

Die insbesondere bei neu angelegten Spielplätzen gepflanzten Bäume gewähren frühestens 15 bis 20 Jahre nach Pflanzung den gewünschten Schatten.

Für die Dauer dieses Zeitraums müssen jeweils andere Möglichkeiten des Sonnenschutzes gesucht und angebracht werden. Kosten ca. > 50 000€

Mit freundlichen Grüßen,

Ingo Eisenbeiß

22_a

Grüne: Antrag Zuschuss Frauenhaus Offenburg

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, im DHH 2018/19 die jährliche Pauschale, für den *Verein Frauen helfen Frauen*, von derzeit 10.000 € auf 20.000 € anzuheben.

Begründung und Sachverhalt:

Seit 2007 unterstützt die Stadt Offenburg das Frauenhaus mit jährlich 10 000 €.

Zusätzlich können jährlich weitere 700 € beantragt werden.

Diese wurden in den letzten beiden Jahren erstmalig abgerufen.

Seit 2013 hat sich die Zahl der Frauen, die das ambulante Beratungsangebot wahrnehmen, verdreifacht.

So wurden 2016 263 Beratungen erfasst. In 2017 waren es 346. Die Beratungsnachfrage ist weiter steigend. Die Zuschusshöhe der Stadt ist seit 2007 jedoch gleichgeblieben.

Ca. 30% der Frauen, die um Beratung nachsuchen, kommen aus Offenburg.

Die Beratungsstelle ist mit einer 150% Stelle besetzt. Die Stelle teilen sich zwei Mitarbeiterinnen. Sie sind über die Grenzen ausgelastet und können den steigenden Bedarf nicht mehr auffangen.

Eine personelle Aufstockung im ambulanten Bereich um weitere 50%, ist dringend erforderlich. **Entstehende Mehrkosten 27.500 €**

Auch der Kinderbereich des Frauenhauses steht vor wachsenden Aufgaben.

Kinder, die Gewalt erleben, auch wenn sie selbst nicht unmittelbar körperlich betroffen sind, sind traumatisiert. Sie brauchen ein eigenes Beratungsangebot und therapeutische Hilfen. Im Kinderbereich des Frauenhauses werden zurzeit bis zu 13 Kinder traumapädagogisch beraten und begleitet. Auch hier ist eine personelle Aufstockung nötig.

Die Personalstelle von 65% reicht nicht. Eine Aufstockung von 65% auf 150% ist dringend erforderlich. **Entstehende Mehrkosten ca. 40.000€**

Der Verein Frauen helfen Frauen erhält derzeit einen jährlichen Zuschuss:

- Vom Ortenaukreis von 251.000 €
- Vom Land BW von 22.900 € (2016)
- Von anderen Städten und Gemeinden ca. 12.900 €
- Von der Stadt Offenburg 10.000€ + 700 € auf Antrag.

Die Zuschüsse decken nicht die anfallenden Kosten. Weit über 200.000 € muss der Verein jährlich selbst aufbringen, was sehr schwierig ist.

Die Mehrkosten für die dringend erforderliche Aufstockung der Personalstellen von ca. insgesamt 67.500 €, kann der Verein nicht zusätzlich aufbringen.

Er ist auf eine Erhöhung des Zuschusses durch die Stadt Offenburg angewiesen.

Deshalb beantragen wir, den jährlichen Zuschuss der Stadt Offenburg von 10.000 € auf 20000 € anzuheben.



Hans Rottenecker Ritterstr. 18 77654 Offenburg

Stadtratsfraktion

Stadt Offenburg
Fachbereich Finanzen
Hauptstraße 75-77

Fraktionsvorsitzender

77652 Offenburg

Hans Rottenecker
Ritterstraße 18
77652 Offenburg

Telefon: (07 81) 2 25 74
Telefax: (07 81) 2 56 15

Mail: hans.rottenecker@t-online.de

Per Mail

Offenburg, 12.02.18

Betr.: Anträge der Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/19

Sehr geehrter Herr Hotz

Zunächst darf ich mitteilen, dass wir die Eckdaten zum Haushaltsentwurf zur Kenntnis genommen und zur Grundlage unserer Anträge genommen haben.

Hier die Anträge im Einzelnen:

1. Ortsteile

Nach eingehender Beratung der Anträge aus den Ortsteilen tragen wir die von der Verwaltung vorgesehenen Verbesserungen in verschiedenen Positionen mit einer Gesamtsumme von 90 000.-- € mit.

2. Gemeinsamer Antrag Oststadtschule

① Der gemeinsame von CDU, SPD, Grüne, FDP und unser Fraktion wird vollumfänglich unterstützt, auch die Suche nach einer Lösung zum Problem „Grundschulförderklassen.“

3. Gemeinsamer Antrag zur Einrichtung eines Ehrenamtsfonds

② Wir unterstützen den gemeinsamen Antrag von SPD, Grüne und FDP zur Einrichtung eines Ehrenamtsfonds für die Kernstadt

23

4. Einzelantrag zur Position 143 Seite 81 Kreisel Südring / Zähringerstraße

Hier beantragen wir die die komplette Maßnahme in Stufe 1 einzustellen.

Begründung : Die Maßnahme ist als dringlich eingestuft, verbessert sie doch eine nicht durch Signalanlagen gesicherte Kreuzung. Durch den späteren Ausbau eines Kreisels an der Platanenallee und die Verzögerungen beim Ausbau des Kreisels Otto Hahn Straße besteht die Möglichkeit einer früheren Realisierung . Dies erfordert es, die im Entwurf genannten 370 000 € aus Stufe 2 in Stufe 1 vorzuziehen.

24

5. Allgemeine Anträge:

Wir beantragen bei den Planungen im Bereich Badstraße, Bahnhof, Landratsamt und Hochschule die Problematik des ruhenden Verkehrs besonders in Augenschein zu nehmen. Der in den Überlegungen festgestellte Erhalt bisheriger Parkplätze erscheint uns doch sehr unrealistisch. Auch eine Einbeziehung des Landratsamtes in ein Parkkonzept ist dringend erforderlich. Gleichfalls sind die langfristigen Folgen des Ausbaus der Badstraße (Erweiterte Bahnunterführung und Errichtung eines Bahnhalts) zu überprüfen. Hierbei ist zu berücksichtigen ob nicht auch eine Verlegung des Karl Heitz Stadions sinnvoll in die Planung einbezogen werden sollte. Dies sollte im Rahmen des Sportanlagenkonzepts untersucht werden. Gleichfalls ist die Situation an der Hochschule (Parkhaus) und die geplante Herstellung von Wohnmobilstellplätzen zu untersuchen. Hier ist ein zeitliches Fenster zur Realisierung gefordert.

25

Gleichfalls beantragen wir bei öffentlichen und privaten Wohnbaumaßnahmen der Forderung zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums vermehrt Rechnung zu tragen.

Für die Fraktion Freie Wähler Offenburg

Hans Rotternecker

Verteiler:

Fraktionen
Presse

Stadtratsfraktion Offenburg



FDP-Stadtratsfraktion • Albert-Schweitzer-Str. 32 • 77654 Offenburg

Frau Oberbürgermeisterin
Edith Schreiner
Rathaus

77652 Offenburg

**Freie
Demokratische
Partei**

**Fraktionsvorsitzender:
Thomas Bauknecht**

08. Januar 2018

Albert-Schweitzer-Straße 32
77654 Offenburg

Tel. 0171 366 6367
thomas@bauknecht-og.de

Anmeldungen der FDP Stadtratsfraktion für den Doppelhaushalt 2018/2019

Sehr geehrte Frau Schreiner,

die FDP-Stadtratsfraktion stellt folgende haushaltswirksame Anträge:

26 1. Um den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und wieder einen positiven Trend zu erzielen, hat die Bundesregierung bereits 2007 die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt beschlossen. Die Kommunen stehen vor der Herausforderung die biologische Vielfalt im privaten und öffentlichen Grün in oft dicht besiedelten Bereichen zu schützen und zu gestalten. Wir beantragen, dass die Stadt Offenburg dem Bündnis „Biologische Vielfalt in Kommunen“ beitrifft und im Doppelhaushalt 2018/2019 Gelder für die Umsetzung von verschiedenen Projekten einstellt. Da eine zusätzliche Planstelle im Bereich Grünplanung und Umweltschutz vorgesehen ist, gibt es sicher freie Kapazitäten um dieses Projekt anzugehen und umzusetzen.

Angesichts des erschreckenden Rückgangs der Insekten in Deutschland könnten wir in Offenburg damit einen kleinen Beitrag leisten dem entgegenzusteuern und in Hinsicht von Neu- und Umgestaltungen von Offenburger Straßenbegleitgrün, Grünanlagen und Überhangsflächen auf den Friedhöfen, mit gezielter Gehölzauswahl und Blütenmischungen beizutragen.

27 2. Für die Unterhaltung und Sanierung von städtischen Spielplätzen und Spielflächen beantragen wir eine Erhöhung des Stellenplans um 0,5 Stellen. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass das Budget ausreichend war, nur konnte der erhöhte Planungs- und Aufgabenzuwachs mit der aktuellen Personalausstattung nicht bewältigt werden.

28 3. Um Offenburg touristisch weiter auszubauen beantragen wir in den Haushalt Gelder einzustellen für die Erstellung eines Audioguide der mittels einer kostenloser App auf Smartphones heruntergeladen werden kann. Dies sollte in Kooperation mit der Hochschule erstellt werden. Ein

Karl-Heinz Eckerle
Tel. 0171 316 45 46
karl.heinz.eckerle@eckerle-offenburg.de

Silvano Zampolli
Tel. 0781 / 13 33
zampollisilvano@gmx.de

Nebeneffekt wäre, dass Studenten mehr ins städtische Leben eingebunden werden würden. Vorbild könnte hier die Stadt Münster sein, die unter www.audioguide-muenster.de solch einen Service seit Jahren anbietet. Neben Sehenswürdigkeiten könnte so auch über Serviceangebote und Hintergrundinformationen berichtet werden mit dem auch ein jüngeres Publikum angesprochen würde. Auf die Bedeutung von Offenburg als Eisenbahnerstadt könnte so auch mit einfachsten Informationsmöglichkeiten eingegangen werden. Dies vermischen wir in der ganzen Tourismuskussion.

29 **4.** Auch nach mehreren abgelehnten Haushaltsanträgen sind wir immer noch der Meinung, dass die Stadt Offenburg sich als Weinstadt optisch präsentieren muss. Wir fordern die Verwaltung auf, zusammen mit den Offenburger Weinbaubetrieben, eine anspruchsvolle Gestaltung zum Thema „Wein“ an der westlichen Stadteinfahrt (Autobahnzubringer) zu entwickeln. So wird der touristische Anspruch der Weinstadt Offenburg unterstrichen. Wir wissen aus gesicherten Kreisen, dass die Offenburger Weinbaubetriebe geschlossen sich für dieses Projekt einsetzen möchten. Wir beantragen als erster Schritt sich mit den Weinbaubetrieben in Verbindung zu setzen und eine Planungsrate im Doppelhaushalt einzustellen.

2 **5.** Wir unterstützen den fraktionsübergreifenden Antrag der SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Freien Wähler zur Einrichtung eines Ehrenamtsfonds für die Kernstadt.

1 **6.** Wir unterstützen den fraktionsübergreifenden Antrag der CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Freien Wählern zur finanziellen Absicherung von Baumaßnahmen der Oststadtschule.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Bauknecht
Fraktionsvorsitzender